

Tagung zur Agenda 21 in Moskau

In der Geschichte findet sich kaum ein Ereignis, daß so zukunftsweisend ist, wie die Rio - Konferenz 1992 mit dem von 179 Staaten unterzeichneten Dokument zur Agenda 21. „Zukunftsfähigkeit“ heißt das Zauberwort, Ziel ist eine sozial gerechte und ökologisch tragfähige Entwicklung. Die Unterzeichner verpflichten sich die natürlichen Ressourcen auch für künftige Generationen zu schützen und zu erhalten, gemeinsam Armut und Umweltzerstörung zu bekämpfen, nachhaltige Strategien für das 21. Jahrhundert zu entwickeln. Das Besondere an diesem Dokument ist, daß nicht nur die Politik angesprochen ist, sondern daß es gilt, die Ziele der Agenda „vor Ort“ umzusetzen. Jeder einzelne Bürger ist gefragt, aufgerufen zur Beteiligung im ganz persönlichen Leben.

Allerdings stelle ich immer wieder fest, daß es in der Realität sehr häufig ganz anders aussieht, auch wenn man in jeden Parteiprogramm die Schlagworte der Agenda lesen kann, Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Erhalt der Ressourcen immer wieder angewendete Schlagwörter sind.

Ich möchte von einigen Erfahrungen berichten, die ich in den letzten Jahren als Baustadträtin in Berlin Mitte und Prenzlauer Berg gemacht habe.

- Thema Stadtentwicklungspolitik

Anstatt von Seiten der Planung, Stadtentwicklungspolitik und Fördermittelvergabe die Entwicklung der Innenstadt zu präferieren, wurden Milliarden DM in der Neuerschließung neuer Wohngebiete am Rand der Stadt gesteckt und damit die weitere Zersiedlung der Stadt forciert. Die Innenstadt wurde in großen Teilen vernachlässigt, öffentliche Mittel zur Sanierung der Einrichtungen der sozialen und technischen Infrastruktur und zur Förderung der Instandsetzung und Modernisierung der Wohnungen wurden in viel zu geringen Maße zur Verfügung gestellt. Flucht vieler Innenstadtbewohner in die Siedlungen am Stadtrand und im Umland sowie Leerstand in der Innenstadt sind die Folge. Letztendlich sind die Kosten für die Stadt sehr viel höher. In einigen Teilen der Innenstadt besteht die Gefahr der Verödung, andererseits wurde mit der Ressource der unbebauten Landschaft Raubbau getrieben.

- Thema Baupolitik/Steuerpolitik

Bundeskanzler Helmut Kohl versprach 1990, daß sich die neuen Bundesländer innerhalb weniger Jahre in „Blühende Landschaften“ verwandeln werden. Um dieses Versprechen einzulösen wurden Investoren, die im „Osten“ Neubauten errichteten, besonders günstige Steuerbedingungen geboten. 50% der Gesamtkosten konnten bis Ende 1996 steuerlich geltend gemacht und damit

abgeschrieben werden. Dieser eigentlich wirtschaftsfördernde Gedanke hatte an vielen Stellen verheerende Folgen, denn:

- Die Grundstückskosten stiegen ins Unermeßliche (Berlin Mitte 24 - 36 TDM/m²)
- Es entstanden auf Grund der Renditeerwartung Millionen von m² Bürofläche, ohne daß derzeit der entsprechende Markt vorhanden ist
- Unzählige Gebäude wurden nicht saniert, sondern abgerissen. Das ist einerseits ein großer Verlust für die Stadt denn sie hat an vielen Stellen ihre Geschichte verloren, andererseits ist Abriß mit großen ökologischen Problemen behaftet. (Verkehr, Materialverschwendung für den Neubau, Abfallproblem mit den Abrißprodukten)
- Einige Teile der City (z.B. Friedrich- und Dorotheenstadt) wurden komplett versiegelt. Durch fehlende Bebauungspläne und Sondergesetze, wie das Wohnungsbaubeschleunigungsgesetz wurden dafür keine Ausgleichsmaßnahmen im Grünbereich notwendig
- Durch die Steuerausfälle haben viele Kommunen Milliarden von Schulden.

- Thema Verkehr

Der Senat von Berlin hat 1992 den zukunftsweisenden Beschluß gefaßt und zwar einen Modal - Split von 20 / 80 % zugunsten des öffentlichen Nahverkehrs beschlossen. In der Realität wird aber häufig anders gehandelt. So haben sich die Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr seit 1989 mehr als verdoppelt. Gleichzeitig wurden die Lücken im Verkehrsnetz, die durch die Trennung der Stadt gerissen wurden bis heute nicht geschlossen und mehrere Linien stillgelegt.

Zugunsten einiger Großprojekte, wie z.B. dem Tunnel unter dem Tiergarten werden kleinere Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV vernachlässigt. Zusätzlich wird durch den Bau von über 10 000 Parkplätzen allein in der City-Ost weiterer Autoverkehr in die Innenstadt gezogen.

Es ist also noch ein langer Weg, bis die Ideen der Konferenz in Rio, die mit der Unterschrift der Politik als Leitlinie für die weitere Entwicklung bestätigt wurde in die Praxis umgesetzt sind. Die ersten Ansätze kann man in Berlin erkennen. Auch hier werden ich einige Beispiele aus meiner persönlichen Erfahrung benennen.

- Thema Ökologische Heizsysteme

Durch den gemeinsamen Einsatz privater Investoren, den Sanierungsträger S.T.E.R.N. und die behördlicher Vertreter konnte ein neues Blockheizkraftwerk im Bezirk Prenzlauer Berg in Betrieb genommen werden. Durch Einsatz modernster Technik konnten Energieverbrauch, CO₂ Ausstoß und die Heizkosten für die Mieter minimiert werden.

- Thema - Landschaftsplan

Im Prenzlauer Berg wurde der Aufstellungsbeschuß für einen Landschaftsentwicklungsplan gefaßt. Dadurch kann der Biotopflächenfaktor errechnet werden und der Investor, der auf einem Grundstück baut, veranlaßt werden, Ausgleichsmaßnahmen auf seinem eigenen Grundstück durchzuführen und eine Bodenversiegelungsabgabe zu leisten, die zur Aufwertung der öffentlichen Grünflächen genutzt werden kann.

- Thema Erschließung neuer Freiflächen

Durch den intensiven Einsatz von Bürgerinitiativen und Bezirkspolitikern, sowie durch die Spenden von Investoren konnte ein Teil des ehemaligen Mauerstreifens als Parkanlage umgestaltet und damit eine wesentliche Verbesserung des Freiflächenangebotes im dicht besiedelten Prenzlauer Berg erreicht werden.

Ein weiteres Beispiel ist eine Fläche in einem der Sanierungsgebiete im Prenzlauer Berg. Hier sollte eine Feuerwehr und eine Polizeistation errichtet werden. Auf Grund fehlender Mittel wurde der Bau zurückgestellt. In langwierigen Verhandlungen konnte ein 10jähriger Nutzungsvertrag durch das Gartenamt abgeschlossen werden. In einer gemeinsamen Werkstatt zwischen Bewohnern, Planern und Behördenvertretern wurde ein Freiflächenkonzept erstellt, daß im nächsten Jahr gemeinsam umgesetzt werden wird.

- Thema Entsiegelung

In den letzten 7 Jahren wurden eine Vielzahl der Schulhöfe, die zu DDR Zeiten mit Beton zugeschüttet wurden, entsiegelt. Durch Zusammenarbeit der Landschaftsplaner mit den Kindern und Lehrer soll gleichzeitig versucht werden, daß die Kinder sich mit „ihren Freiflächen verbunden fühlen“ und Vandalismus zurückgedrängt wird.

Ähnliche Initiativen gibt es in den Gärten der Kindertagesstätten und auf Wohnhöfen.

- Straßenbäume

Um einen weiteren Baustein bei der Durchsetzung der Ziele der Agenda durchzusetzen, sitzen wir heute hier. Ziel sollte es sein, Ihre und unsere Erfahrungen zu vergleichen, aus den Erkenntnissen der Wissenschaftler beider Universitäten zu lernen.

Um die Zusammenarbeit intensiver zu gestalten, als es auf Kongressen möglich ist, möchte ich ihnen anbieten, gemeinsam an Problemen in Berlin und in Moskau zu arbeiten. Beispielsweise könnten Planer aus Moskau für einen längeren Zeitraum nach Berlin kommen und mit den Kollegen des Naturschutz- und Grünflächenamtes ein Projekt von der ersten Idee, über die Planung,

Projektierung, Ausschreibung bis zur Bauphase begleiten. Bei einer engen Zusammenarbeit mit den Universitäten könnte dabei der größte Gewinn für alle Beteiligten entstehen.

Das wichtigste bei unserer Arbeit ist, daß wir selbst handeln, denn Betroffenheit allein bewegt gar nichts, Resignation nach der Devise „Die da oben machen ja doch, was sie wollen“ hilft noch viel weniger. Nur das aktive Einmischen, selbst wenn man dabei schmerzliche Erfahrungen macht und ein gemeinsames Handeln kann zum Gelingen führen. Erst wenn die Ziele der Agenda eine Herzenssache für jeden von uns geworden sind, befinden wir uns auf dem richtigen Weg ins 21. Jahrhundert.